

einer Aussage bei der Gauck-Behörde angekündigt. Dann aber schickte er lediglich einen langen Brief, in dem er Bedingungen für eine Aussage stellte. Reuters Brief läßt nach Angaben von Gauck-Mitarbeitern „mehr Fragen offen, als er beantwortet“: Der MfS-Mann taugt „nicht als Gysis Entlastungszeuge“.

Sowenig wie der *Stern*. In ihrem Bemühen, die Indizienkette gegen Gysi aufzubrechen, fiel die Illustrierte vorige Woche auf das schlechte Gedächtnis eines Fachmanns herein. Werner Fischer, vom *Stern* als „einer der erfahrensten Stasi-Auflöser“ apostrophiert, hatte behauptet, Inoffizielle Mitarbeiter hätten als Pseudonyme immer Namen getragen.

In der Oppositionellen-Szene gab es Gelächter; Aktenverwalter Gauck

konnte gleich reihenweise Gegenbeispiele benennen, etwa „Techniker“, „Maschinist“, „Turm“, „Talar“.

Trotzig ließen „40 Genossen der Basisgruppe 31/3 der PDS Berlin-Friedrichshain“ vergangene Woche eine Solidaritätsadresse ins *Neue Deutschland* einrücken:

„Lieber Gregor Gysi“, taten die Getreuen kund, „wir glauben an Deine Ehrlichkeit, vertrauen Dir voll und ganz und kämpfen weiter mit Dir für unsere gemeinsame Sache.“

Stolpes Entlastungszeuge könnte Erich Mielke sein. In einer „Information über die Unterbindung einer von feindlichen oppositionellen Kräften am 7. Juni 1989 in der Hauptstadt der DDR, Berlin, geplanten Provokation“ ließ der Stasi-Minister seinem Ärger über Stolpe freien Lauf. Dem Kirchen-

mann, so empfahl Mielke, solle „verdeutlicht werden“, daß sein Aufruf zu einem Friedensgebet in der Sophienkirche „der Entwicklung eines vertrauensvollen Verhältnisses zwischen Staat und Kirche zutiefst abträglich ist“.

Mielkes Wutausbruch, über mehrere Seiten zu Papier gebracht, kennzeichnet entweder das Scheitern des vom Stasi-Gegner Stolpe betriebenen Dialogs – oder ist eine besonders abgefeimte Tarnung für den Stasi-Informanten Stolpe.

Den Ministerpräsidenten würde es nicht wundern, wenn in den Stasi-Akten Dossiers gefunden würden, die ihn als Urheber belasten. „Damit muß man rechnen“, sagte Stolpe zum SPIEGEL, „dann muß man sich dem stellen. Da bin ich eigentlich ganz fröhlich.“

„Man bekam dann einen Anruf...“

Ministerpräsident Manfred Stolpe über seine Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit in der DDR.

Heute, nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums und dem schnellen Heimfall der DDR ins westliche Deutschland, scheinen die Sieger der Geschichte die konsequenten Antikommunisten, die Abwarter und Überwinterner zu sein. Diejenigen dagegen, die sich mühten, innerhalb der DDR – an deren schnelles Ende niemand glaubte – für Veränderung zu arbeiten, sind verschlissen, wirken zwielichtig, vielleicht sogar unbrauchbar für eine gesamtdeutsche Zukunft.

Aber was wäre geworden, wenn nicht immer wieder versucht worden wäre, auch aus der trostlosesten Lage noch das jeweils Bestmögliche für die Menschen in der DDR herauszuholen? Beim Evangelisten Matthäus heißt es: „Siehe, ich sende euch wie Schafe mitten unter die Wölfe; darum seid klug wie die Schlangen und ohne Falsch wie die Tauben.“ Ich habe versucht, mich daran zu halten.

Nach dem Selbstverständnis der evangelischen Kirche in der DDR waren Kontakte mit der Staatsmacht unumgänglich. Die acht Landeskirchen, die sich 1969 zum Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR zusammengefunden hatten, wollten nicht nur das religiöse Betätigungsrecht ihrer Mitglieder sichern. Sie wollten mehr.

Die evangelische Kirche kam aus dem Erbe der Bekennenden Kirche gegen Hitler. Sie fühlte sich an die Barmer

Theologische Erklärung von 1934 gebunden. Deren Kerngedanken sind: Jesus Christus steht über der Macht der Welt, und: Der Auftrag Jesu an die Kirche gilt für alle Lebensbereiche. Das ist das Verbot, sich auf den innerkirchlichen Kult zurückzuziehen. Das ist das Gebot der Einmischung in die Gesellschaft.

Genau das aber wollte die SED nicht. Die Kirche sollte sich auf ihre Angelegenheiten beschränken. Das Kirchenwunschild der SED war an der domestizierten Orthodoxen Kirche Rußlands orientiert: liturgische Gottesdienste für alte Leute.

In Verhandlungen mit der Leitung der evangelischen Kirche am 10. No-



DDR-Kirchenführer Stolpe (2. v. l.), Forck, DDR-Staatsführer: „Wie Schafe mitten“

* Honecker (l.), Krenz (r.) in der wiederaufgebauten Ost-Berliner Nikolai-Kirche, 1987.

© 1992 Siedler Verlag Berlin. Der vollständige Text erscheint im März unter dem Titel „Aufbruch. Vom Vorgestern ins Übermorgen“. 256 Seiten; 36 Mark.

vember 1970 warb der Staatssekretär für Kirchenfragen Hans Seigewasser für die Haltung der ungarischen Lutheraner. Deren Bischof Káldy habe die entschlossene Unterstützung der Kirche für die Entwicklung zum Sozialismus zugesagt und erklärt, daß Antikommunismus Unglaube und Gottlosigkeit sei. Die Antwort unserer Kirche war die Erklärung, nicht Kirche für den Sozialismus und nicht Kirche gegen den Sozialismus, sondern Kirche im Sozialismus zu sein.

Das war eine Absage an die Vereinnahmung durch den Staat, aber auch eine Absage an den Kampf gegen den Staat. Das war vor allem der Anspruch auf ungehinderte Tätigkeit der Kirche auch in einer sozialistischen Gesellschaft. Die evangelische Kirche in der DDR mußte, wenn sie sich treu bleiben wollte, über Predigt, Seelsorge und Diakonie hinaus vor allem in drei Aufgabenfeldern Freiräume erhalten: Jugendarbeit, Eintreten für benachteiligte und bedrängte Bürger im Lande und Erhalt der Gemeinschaft mit den evangelischen Kirchen in Westdeutschland.

Man kann die evangelische Kirche in der DDR getrost an der Bekennenden Kirche messen. Denn auch die Bekennende Kirche hat nicht den direkten Kampf gegen Hitler geführt, sondern im System ihre geistliche Freiheit, ihren Freiraum, behauptet.

Meine Aufgabe als Kirchenjurist war es seit 1962, die Interessen der evangelischen Kirchen gegenüber dem Staat wahrzunehmen. Meine Arbeit war auf Erfolg orientiert, die Methoden waren



unter den Wölfen'

weithin mir überlassen. Erfolge waren aber nur möglich, wenn ich mit Mächtigen in allen Bereichen sprach – also auch mit der Staatssicherheit.

Da Weglaufen für mich nicht in Frage kam und auch weil ich nicht an ein Ende des Sowjetimperiums noch in diesem Jahrtausend glaubte, habe ich dabei nicht auf Konfrontation gesetzt. Mit Gewalt war gegen die deutsch-sowjetische Macht nichts auszurichten. Uns blieb nur die Kraft der Schwachen, wie die des Wassers gegen den Fels.

Es stand so nicht in den Lehrbüchern, aber wer bei der Staatsmacht etwas erreichen wollte, erkannte im Laufe der Zeit, daß diese Macht sich auf drei Säulen stützte. Wie in anderen Staaten auch gab es zunächst den Staatsapparat mit Ministerien auf zentraler Ebene und nachgeordneten Verwaltungen in den Bezirken, auf Kreis- und Gemeindeebene.

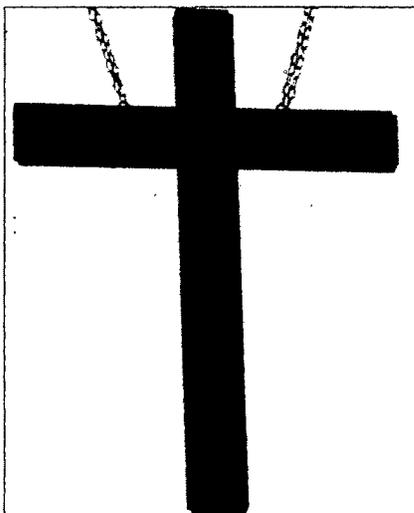
Hinter dem zentralistischen Staatsapparat stand die Partei als zweite Säule der Macht, an ihrer Spitze der Generalsekretär und die Sekretäre des Zentralkomitees der SED, die zum Politbüro gehörten.

Die dritte, öffentlich am wenigsten in Erscheinung tretende Säule war die Staatssicherheit, in einem eigenen Ministerium zusammengefaßt, aber doch kein Teil des Staatsapparates. Die Staatssicherheit war ebenfalls vielfältig verzweigt und auf allen Ebenen präsent.

Die führende Rolle hatte die Partei. Über allen staatlich Verantwortlichen stand der zuständige Sekretär des Zentralkomitees als „Oberminister“, also zum Beispiel Günter Mittag für die Wirtschaft oder Werner Jarowinsky für Kirchenfragen. Der Staatsapparat selbst hatte nicht selten lediglich Botendienste zu leisten.

Über dem gesamten Apparat schwebte der Generalsekretär, der überall hineinregieren konnte. Ich habe mich gelegentlich schriftlich auf direktem Wege an Honecker gewandt, was durchaus nützlich war. Solche Briefe vertraute ich nicht der Post an, sondern ging selber zur Poststelle des Zentralkomitees der SED. Der Umschlag trug den Vermerk „persönlich“ und wurde – wie die Reaktionen zeigten – befördert. Das war ein Weg an allen Instanzen vorbei, und es war besser, wenn davon niemand erfuhr.

Honecker kannte mich, bei Empfängen konnte man ein paar Sätze wechseln, im Brief dann darauf Bezug nehmen. Am besten handgeschrieben, verriet mir einer seiner Mitarbeiter; der Alte traute wohl niemandem. Dieser Weg hat bis 1987 funktioniert. Nachdem Honecker von seinem Staatsbesuch in Bonn zurückgekehrt war, war alles vorbei. Danach habe ich bei ihm nichts mehr erreicht.



Stolpe-Vorbild Scharf
Erfahrungen mit der Gestapo

Die Partei stützte sich bei ihrer Entscheidungsfindung auf die dritte Säule, die Staatssicherheit. Von der bezog sie ihre Informationen, die Einschätzung der Situation, die Vorgaben für die Parteieweisungen, die der Sicherung der Macht dienen sollten.

Mich hatte die Staatssicherheit vermutlich seit 1956 im Visier und seitdem sicherlich nicht mehr aus den Augen und Ohren gelassen. Unter Verfolgungswahn habe ich nie gelitten, doch mehr als 30 Jahre vermutete Observation prägen Handeln und Reden. Trotzdem habe ich von Mitte der siebziger Jahre an den Versuch gemacht, politische Ziele gezielt auch auf dem Umweg über die Staatssicherheit zu erreichen.

Ich war nicht der einzige Vertreter der Kirche, der begriffen hatte, daß nichts in unserem Sinne zu bewegen war, wenn wir uns ausschließlich an die staatlich vorgegebenen Wege hielten. Unabhängig von mir hatten auch andere begonnen, außer mit Vertretern von Staat und Partei auch mit Mitarbeitern der Staatssicherheit zu sprechen, um den SED-Staat durch seine eigenen Machtmittel zu überlisten.

Insgesamt wußte ich es von neun Männern, deren Namen ich nur nenne, wenn sie damit einverstanden sind, die

im Umgang mit der Staatssicherheit die gleiche Strategie verfolgten wie ich. Einer von ihnen lebt nicht mehr. Sie alle waren unbefangene und freie Menschen. Sie waren nicht an die Staatssicherheit gebunden, konnten nicht erpreßt werden, und vor allem waren sie angstfrei. Keiner wollte etwas für sich erreichen. Jeder wollte etwas für die Menschen und das Land bewegen. Mit ihnen stand ich im ständigen Gespräch zu unseren Hauptthemen: Was wollen wir erreichen, welches sind die unmittelbaren Ziele?

Wir informierten uns gegenseitig über unsere Gespräche. Es war wichtig, daß wir das gleiche einbrachten und forderten. Die Männer hatten zum Teil ganz andere Gesprächspartner. Die Perfektion des Berichtssystems der Staatssicherheit forderte, daß auf allen Klavieren der gleiche Ton angeschlagen wurde. Der starre Machtapparat konnte bewegt werden. Was der Staatsapparat nicht durfte und die Partei nicht wollte, konnte über die Staatssicherheit zur Entscheidungsvorlage an die Partei und schließlich zur Durchführung an den Staat gebracht werden. Es durfte nur nicht durchschaut werden. Es gab deshalb auch kein Netz und keine förmlichen Absprachen. Das Ganze beruhte auf einem reinen Zuruf- oder genauer Zuflüster-Verfahren.

Die neun Mitstreiter, mit denen ich mich abstimme, wußten nicht voneinander. Einige hatten wohl Querverbindungen, aber es hat nie eine Konferenz dieser Leute gegeben, die ähnlich handelten. Verabredungen und Austausch gab es immer nur zwischen zwei Menschen, die sich auch schnell zu aktuellen Fragen verständigen konnten, wenn das nötig war. Man bekam dann einen Anruf des Kollegen, der zum Beispiel am gleichen Nachmittag ein Gespräch mit der Staatssicherheit hatte, traf sich, meist irgendwo zwischen Tür und Angel, und besprach, was die Gegenseite wollen würde, wie wir darauf reagieren sollten und was wir loswerden wollten.

Für diese Art des Umgangs mit der Macht habe ich viel von Kurt Scharf gelernt. Der hatte in der Bekennenden Kirche in der Hitler-Zeit Erfahrungen mit der Gestapo gesammelt und überhaupt keine Angst. Nach 1945 war er Probst im Berlin-Brandenburgischen



Evangelische Jugendarbeit in der DDR: Vergnügen von der SED verboten

Konsistorium und hat bis zur Perfektion auf der Klaviatur des Umgangs mit der Macht gespielt. Er wartete nicht, bis die Staatssicherheit kam, er ging hin. Er hat sehr viel bewegt und sehr vielen geholfen.

Kurz nach Scharfs kalter Ausbürgerung im August 1961 hatte ich meinen ersten wissentlichen Kontakt mit der Staatssicherheit, bei dem die Initiative von mir ausging. Im Auftrag des Ost-Berliner Bischofsamtsverwalters mußte ich mich kurz nach dem Mauerbau um die Wiederausreise eines von der westdeutschen Kirche zur deutschen Gemeinde in Tokio geschickten Pfarrers kümmern.

Der Pfarrer stammte aus der Niederlausitz und war problemlos mit seinem früheren DDR-Paß eingereist. Als er wieder nach Tokio zurückwollte, saß er in der Falle. Inzwischen war die Mauer gebaut und die Grenze gesperrt worden. Der Mann war verzweifelt, der Staatsapparat hilflos, und die SED zuckte mit den Schultern. Es blieb also nur der Weg über die Staatssicherheit, an die ich mich über einen Mitarbeiter des Staatssekretärs für Kirchenfragen heranfragte. Die half dann auch schnell und unkompliziert, indem eine Tür im Bahnhof Friedrichstraße aufgeschlossen wurde, die zum Westbahnsteig führte.

Dieser Kontakt zur Staatssicherheit Anfang der sechziger Jahre blieb jedoch zunächst Episode. Erst der festgefahrene Streit zwischen Partei, Staat und Kirche um die kirchliche Jugendarbeit führte dann Ende der sechziger Jahre zu dem Beginn regelmäßiger Treffen und Gespräche.

Streitpunkt mit Staat und Partei waren die kirchlichen Jugendfreizeiten, 'Bibelrüstungen' genannt. Wäre es nach dem SED-Staat gegangen, hätten sie gar nicht stattfinden sollen, und wenn es sich schon nicht ganz vermeiden ließ, dann durften sie nur eine Woche dauern und sollten ohne Baden oder sonstige Freizeitvergnügen vor sich gehen.

Für uns ging es ums Ganze, und wir gaben nicht nach, auch nicht, als Bibelrüstzeiten von der Polizei aufgelöst wurden. Die Jugendlichen verhielten sich großartig, zeigten keinerlei Angst und ließen sich nicht zu Provokationen hinreißen: Gitarre und Gospels unter dem Polizeiknüppel. Der Staat hätte wohl zuschlagen müssen. Das wollte er nicht. Auswege wurden gesucht.

Ein Hauptabteilungsleiter des Staatssekretärs für Kirchenfragen brachte mich mit einem Herrn zusammen, der angeblich für das Innenministerium arbeitete. Wir diskutierten mehrmals ausgiebig die staatliche Veranstaltungsverordnung, auf die sich die Restriktionen stützten. Er wollte mich nicht in seinem Ministerium empfangen. Schließlich räumte er ein, für die Staatssicherheit zu arbeiten.

Wir trafen uns in meinem Büro, was er, wie auch später seine Kollegen, nur ungern tat. Wir trafen uns in Restaurants und Klubhäusern. Man besuchte mich in meiner Wohnung. Ich ging auch in deren Wohnungen, die wohl meist nur für dienstliche Treffs dienten. Lediglich bei einem der Herren war ich offenbar wirklich einmal zu Hause, was vermutlich verboten war.

Das Thema Jugend wurde zwischen mir und der Staatssicherheit zum Dauerbrenner. Erst waren es die Bibelrösten, dann Beat- und Bluesveranstaltungen, das Offenhalten der Berliner Kirchen bei den Weltjugendfestspielen 1973 und immer wieder die Schulfrage. Die sozialistische Schule war eine heilige ideologische Kuh. Die Kirche sollte um nahezu jeden Preis von ihr ferngehalten werden. Benachteiligungen christlicher Jugendlicher waren dort an der Tagesordnung, die Verbitterung bei den Christen riesengroß. Die Schule produzierte damit im Grunde Staatsfeinde.

Nachdenklich machte mich ein Gespräch am 10. Oktober 1973 mit einem Offizier der Sicherheit, der auf meine Forderung nach mehr Toleranz erklärte: „Die Eltern müssen antreten und Auge in Auge mit den Lehrern ihre Rechte fordern!“ Der Mann hatte recht. Wir mußten den Eltern Mut machen, sie auffordern, zu widerstehen. Die Eltern mußten sich wehren, dann konnte die Kirche ihre Anliegen nachdrücklich auf allen Ebenen vertreten.

Diese Rechnung ging weitgehend auf. Die Eltern wurden mutiger. Wir vertraten schließlich mehr und mehr auch nicht kirchlich gebundene Menschen. Die Einzelfallvertretung durch die Kirche wurde schließlich nicht mehr bestritten. Sogar Margot Honecker versprach mir, meine Beschwerden zu bearbeiten.

Jedem, der mit Stasi-Mitarbeitern zu tun hatte, wurde bald deutlich, daß der Umgang mit Sprache nicht ihre stärkste Seite war. Ich konnte nicht sicher sein, daß sie genau weitergaben, was sie gehört hatten. Deshalb habe ich mir zunehmend angewöhnt, mehrfach zu wiederholen, was wichtig war. Faktisch habe ich auf diese Weise Dutzende von Berichten diktiert, damit auch wirklich richtig weitergegeben wurde, worauf es der Kirche ankam.

Ich selbst habe natürlich nie Berichte geschrieben. Ein freier Gesprächspartner gab der Staatssicherheit nichts Schriftliches. Wer Berichte lieferte, war in die Pflicht genommen. Wer abhängig wurde, verlor die innere Freiheit. Das gilt selbst, wenn er nichts unterschrieben, sich nicht als IM, als Inoffizieller Mitarbeiter, verpflichtet hatte.

Das ist nicht nur ein subjektiver Unterschied, sondern auch auf der Seite der Sicherheit hat man sehr genau unterschieden, mit welcher Art von Gesprächspartner man es zu tun hatte. Wer

etwas unterschrieben hatte, konnte nicht mehr ablehnen, konnte gezwungen werden. Man konnte ihn anrufen und herbestellen, ihn selbst nachts aus dem Bett holen. Vielleicht läßt sich der Unterschied aus den Akten nicht immer erkennen.

Es war ein erheblicher Unterschied, ob etwa bei einer Synode nach dem Plenum Synodale gezwungen werden konnten, sich zu Berichten einzufinden, oder ob ich oder ein anderer aus der Kirchenleitung am Ende der Tagung auf den Beobachter des Staatsapparats zuzuging, der gleichzeitig der Staatssicherheit berichtete, um ihm den Verlauf zu interpretieren.

Wir hielten dagegen. Wo immer ich Gelegenheit hatte, über Eppelmann zu sprechen, versuchte ich klarzumachen, daß man über Leute wie ihn eigentlich froh sein müsse, da sie auf Probleme hinwiesen.

Als einer der ersten sprach er das heilste Eisen offen an, die Frage der Wahlen. Die Einheitswahlen mit offener Stimmabgabe und 99 Prozent Zustimmung waren für die Partei ein Tabu. Zum Thema Eppelmann gab es keinen Konsens mit dem Staat.

Ein weiteres Gesprächsinteresse der Staatssicherheit war, unsere Einschätzung der Gesamtlage zu erfahren, einschließlich unseres Urteils über die Hal-



Bluesmesse mit Pfarrer Eppelmann (r.) in Ost-Berlin: Gospels unter dem Polizeiknüppel

Was hatte die Staatssicherheit an Leuten wie mir? Neue Informationen bekam sie nicht. Aufträge konnte sie nicht erteilen. Vermutlich hoffte sie, Einfluß zu nehmen, wies hin auf unerwünschte Aktionen oder auch „staatsfeindliche Personen“.

In den achtziger Jahren wurde Pfarrer Rainer Eppelmann zum Dauerthema. Die SED sah in ihm einen gefährlichen Demagogen, dem sie offenbar zutraute, er könne das Regime stürzen. Man wollte, daß die Kirche ihn disziplinierte oder aus dem Land schaffte. Daß sie ihn nicht im Land kaltstellen, also ins Gefängnis stecken konnten, hatten sie ja begriffen. Schließlich verstieg sich der Staatssekretär für Kirchenfragen Klaus Gysi dahin, offiziell Bischof Forck aufzufordern, Pfarrer Eppelmann die Ausreise nahelegen.

Was hatte man von den Westdeutschen zu erwarten? Konnte man deren Politikern trauen? Die DDR war mit der Öffnung nach Westen mehr und mehr in eine Selbstverständniskrise geraten. Darin lag für uns eine Chance.

Die Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki 1975 ließ bei vielen Menschen in der DDR ein wenig Hoffnung keimen. Uns in der evangelischen Kirche war sie unter anderem Ansporn, erneut Vorstöße in der Frage der Reisefreiheit zu machen.

Es stellte sich heraus, daß auch die Partei ganz unbeweglich war, wenn es darum ging, neue Entscheidungen zu treffen, neue Wege zu gehen. Bei der Staatssicherheit hingegen kam man schnell auf den Punkt: Bleiben die Reisenden weg oder nicht? Zu dieser Kardi-

nalfrage formulierten wir dann unsere Einschätzung, jeder auf seine Weise, aber im Ergebnis übereinstimmend.

Es war schon von einiger Bedeutung, daß an neun verschiedenen Stellen gesagt wurde: Es werden einige wegbleiben, wenn Leute unterhalb des Rentenalters Reisepässe bekommen, aber die allermeisten werden zurückkehren, und der Gewinn wird enorm sein, nicht nur außenpolitisch, sondern gerade auch bei der eigenen Bevölkerung. Es waren ganz schlichte Formeln, auf die ich mich mit den anderen verständigte und die wir dann einseisten.

In diesem Zusammenhang mußten wir vor allem auch dazu beitragen, daß

Inland ebenso wie auf Reisen ins Ausland frei bewegen können. Darüber hinaus sollten sie die Chance bekommen, in ihren eigenen Angelegenheiten mitzuwirken. Teilhabe, Partizipation hieß unser harmloses Wort für dieses Ziel, gemeint war Demokratie. Wir forderten mehr gesicherte Menschenrechte. Kurz gesagt: Wir wollten die DDR auf den Weg zum Rechtsstaat locken.

Was haben wir erreicht? Im weiten Feld der Einzelfälle eine ganze Menge. Sehr viel humanitäre Dinge, Ausreisegenehmigungen, Familienzusammenführungen, Haftentlassungen. Wir haben unsere Veranstaltungen abgesichert, die Bluesmessen, die Friedens-

neue Kirchenpolitik zu konzipieren und durchzusetzen.

Wir versuchten deshalb, die Sicherheit wieder auf die alten Einschätzungen einzuschwören, was für die Umbruchphase 1989 besonders wichtig wurde, als sie das Verhalten an den Tag legte, das von uns über Jahre vorbereitet worden war. Sie waren am Ende zufrieden, wenn die Demonstrationen nur innerhalb der Kirchen stattfanden. Da konnte alles gesagt, jedes Plakat gezeigt werden.

Ganz am Ende der DDR haben dann wohl auch die direkten Gespräche mit Mitgliedern des SED-Zentralkomitees gewirkt, die in den Bezirken saßen. Das

schreckliche Beispiel China mit der blutigen Niederschlagung der Studentenproteste: war für unsere Argumentation äußerst hilfreich. Das konnte doch nicht das Ziel sein! Vielfache abgestimmte Bemühungen förderten die Einsicht: Ein Machtsystem, das seine Zuflucht letzten Endes zur Gewalt nimmt, ist nicht aufrechtzuerhalten.

Im Rückblick erscheint mir dies Doppelte am wichtigsten: Ein Freiraum wurde erhalten und ausgebaut, in dem im Schutz der Kirche politisch Neues wachsen, sich entwickeln konnte. Und der Partei wurde der Arm festgehalten, das Schwert stumpf gemacht.

Es stellt sich natürlich auch die Frage

nach dem Erfolg der Staatssicherheit. Was hat sie bei den Kirchenleuten erreicht? Die Akten werden zeigen, was die Normannenstraße, der Sitz des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin, als Erfolg gesammelt hat. Vermutlich hat sie sich den ruhigen Verlauf von Veranstaltungen zugute gehalten und als Erfolg verbucht.

In den Berichten dürfte kaum stehen, daß die Kirchenleitungsvertreter in aller Regel auch ohne Einwirkung der Staatssicherheit krasse Zuspitzungen zu vermeiden suchten, weil ziemlich durchweg das Gebot galt: Du sollst den Löwen nicht in den Schwanz kneifen.

Die Diskussion der Vergangenheit auf den Bereich Staatssicherheit zu beschränken erscheint mir jedoch als unzulässige Verengung. Im Staatsapparat zum Beispiel gibt es noch sehr viel mehr Akten als bei der Staatssicherheit. Die



Protestversammlung in der Ost-Berliner Zionskirche*: Freiräume erhalten

die führenden Leute in der Partei ihr Feindbild abbauten. Sie wollten nicht glauben, daß man Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker oder Helmut Kohl trauen konnte. Waren das nicht alles nur Wölfe im Schafspelz? Bei allen Gelegenheiten haben Vertreter der evangelischen Kirche ihren DDR-Gesprächspartnern zugeredet. Damals fing ich auch an, Helmut Kohl zu loben. Ängste und Verkrampfungen mußten abgebaut werden.

Mein eigentliches Ziel und das vieler Mitstreiter in der Kirche war, das System zu verändern. Niemand von uns dachte auch nur entfernt daran, das System zu stürzen. Daß es verschwinden könnte, lag außerhalb des Vorstellbaren. Wir wollten durch die uns allein möglich scheinende Politik der kleinen Schritte eine allmähliche Veränderung bewirken: Die Menschen sollten sich im

werkstätten und was sonst strittig war. Dramatisch wurde es, als die Sicherheit dann doch zuschlug und in einer Novembernacht 1987 die Umweltbibliothek in der Ost-Berliner Zionskirche besetzte. Es ist uns damals gelungen, sie dazu zu bewegen, ihren Fehler einzusehen. Dabei spielte natürlich auch die westliche Öffentlichkeit eine große Rolle, die wenige Wochen zuvor noch den Staatsgast Erich Honecker mit allen Ehren empfangen hatte.

Der hatte 1978 die Kirche öffentlich als eigenständige Größe anerkannt und ließ immer wieder erklären, es solle bei den bewährten Grundsätzen dieses Gesprächs bleiben. Tatsächlich waren die Partei und ihr Generalsekretär wohl nicht mehr dazu in der Lage, eine

* Nach der Besetzung der „Umweltbibliothek“ durch die Stasi im November 1987.



Montagsdemonstration in Leipzig 1989: „Ich bin wohl oft zu vorsichtig, zu bedenklich gewesen“

müssen ebenfalls berücksichtigt werden, wenn man zu sachgerechten Urteilen über die Vergangenheit kommen will.

Für mich selbst habe ich einmal überschlagen, daß ich zwischen 1959 und Herbst 1989 – wenn man alle drei Säulen zusammenzählt – rund tausend Gespräche geführt habe. Es wird also wohl mindestens tausend Vermerke und Berichte darüber geben. Nur einen davon habe ich Anfang 1990 per Zufall in die Hand bekommen, beim Ausräumen einer staatlichen Dienststelle.

Alle diese Vermerke sind von den staatlichen Gesprächspartnern nach ihrer Interessenlage aufgebaut worden. Sie hatten jeweils den Auftrag, etwas zu erreichen. Sie hatten einen Gesprächsverlauf darzustellen und am Ende zu bewerten, ob das gesteckte Ziel erreicht war.

Als Erfolg dürfte gewertet worden sein, wenn Kirchenvertreter dadurch eine „positive Haltung“ zeigten, daß sie ihnen vorgetragenen politischen Auffassungen und Einschätzungen nicht widersprachen.

Dazu sage ich heute: Ich habe wahrscheinlich zu oft, um ein anderes Ziel zu erreichen, Dinge hingenommen, die im aktuellen Fall nicht oben an meiner Prioritätenliste standen. Man ging zu solchen Gesprächen, weil man etwas erreichen wollte. Die andere Seite wollte uns etwas beibringen. Die Zeit war immer knapp. Gerade bei Staat-Kirche-Verhandlungen, wo Delegationen auftraten, wurde das manchmal dramatisch. Staatssekretär Seigewasser hielt zu Beginn normalerweise eine Rede von einer Stunde, sein Nachfolger Klaus Gysi überbot ihn noch. Und wir hatten ins-

gesamt zwei Stunden vereinbart. Man sah auf die Uhr und fragte sich: Wie sollen wir unsere acht wirklich wichtigen Punkte noch loswerden?

Später haben wir die Monologe unterbrochen, aber in den ersten Jahren haben wir uns die Litanei angehört. Man war dann geneigt, zu deren Punkten zu schweigen, ihnen nicht zu widersprechen, wenn es uns nicht unmittelbar betraf.

Im nachhinein halte ich dies Schweigen moralisch nicht für richtig. Man muß, auch wenn man sich ganz fest vorgenommen hat, etwas Bestimmtes zu erreichen, die Unbequemlichkeiten und die Verzögerung durch den Widerspruch auf sich laden, wenn Positionen vertreten werden, die man für falsch und verderblich hält. Wir haben das gemacht, aber nicht immer. Es gab allerdings einige, die so etwas grundsätzlich nicht stehenließen. Bischof Forck zum Beispiel war da ganz konsequent, ließ eben unsere acht Punkte weg und nutzte die Zeit, um die Wahrheit zu sagen. Wahrscheinlich ist solcher Verzicht auf den Erfolg eines Gesprächs auch richtig. Denn Schweigen wird fast immer als Zustimmung gewertet.

Was hätte man mit dem heutigen Wissen im Rückblick anders machen sollen? Hätte man etwa, als Gorbatschow das Steuer in der Sowjetunion herumwarf, alles unterlassen sollen, was der stur auf altem Kurs bleibenden SED-Führung aus der Patsche helfen konnte?

Natürlich, es gab immer die beiden Möglichkeiten, die viele genutzt haben: sich im Lande tot zu stellen, die eigene Nische zu pflegen, die religiöse, die kulturelle, die berufsfachliche. Oder alles

zu tun, um nach Westen zu gelangen, die Partei so lange zu piken, bis sie einen vor die Mauer setzte.

Aber wer dableiben und für Gegenwart und Zukunft des Landes und seiner Menschen etwas tun wollte, was hatte der für Alternativen? Er war genötigt, verantwortlich zu handeln, also sich nicht an Träumen zu orientieren, sondern die Folgen in den nächsten Wochen, Monaten, Jahren in den Blick zu nehmen. Und er mußte Rückschläge zu vermeiden suchen.

Das hat mein Handeln stark bestimmt. Der 17. Juni 1953 hatte ja nicht nur die sehr reale Erfahrung gebracht, daß die Partei und die hinter ihr stehenden Sowjets für die Machterhaltung über Leichen gehen. Sondern der Aufstand für Reformen hat gleichzeitig eine sich anbahnende Reform verhindert. Der Kreml war bereit gewesen, nach Stalins Tod den stalinistischen Dogmatiker Walter Ulbricht zu opfern. Nach dem Aufstand des 17. Juni fürchtete man, daß dies als Schwächezeichen verstanden werden würde, und Ulbricht blieb.

Diese Lehre habe ich immer im Kopf gehabt. Ich bin deshalb wohl oft zu vorsichtig, zu bedenklich gewesen. Gute Freunde haben mich davor gewarnt, nur noch eine Strategie der Konfliktvermeidung zu betreiben: Man muß ganz heran an den Elektrozaun, meinten sie, nicht schon ein paar Schritte davor zurückweichen. Und sie handelten danach. Das hat am Ende den Durchbruch gebracht. Leute wie ich haben vorbereitet und abgefedert. Den entscheidenden Schritt auf der Straße taten andere. ◀